

Pressemitteilung

Ansprechpartner in der Pressestelle:

Pascal Ausäderer

Pressereferent

Telefon 0621/1235-103

E-Mail pascal.ausaederer@zew.de

ZEW-Konjunkturerwartungen Deutschland

58,3 Punkte (-1,3 ggü. Vormonat)

ZEW-Konjunkturerwartungen Eurozone

39,4 Punkte (-1,4 ggü. Vormonat)

Konjunkturelle Lage Deutschland

-65,9 Punkte (+6,8 ggü. Vormonat)

Konjunkturelle Lage Eurozone

-13,6 Punkte (+4,5 ggü. Vormonat)

20/2026

17. Februar 2026

ZEW-Konjunkturerwartungen

ZEW-Index bleibt stabil

Nach einem kräftigen Anstieg zum Jahresbeginn bleiben die Erwartungen über die wirtschaftliche Lage Deutschlands im Februar stabil. Sie liegen mit plus 58,3 Punkten um minus 1,3 Punkte unter dem Vormonatswert. Die Einschätzung der aktuellen konjunkturellen Lage steigt weiter. Der Lageindikator für Deutschland liegt mit minus 65,9 Punkten um plus 6,8 Punkte über dem Vormonatswert.

„Der ZEW-Index bleibt stabil. Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer Phase fragiler Erholung. Die strukturellen Herausforderungen, insbesondere in der Industrie und bei den Privatinvestitionen, bleiben erheblich.

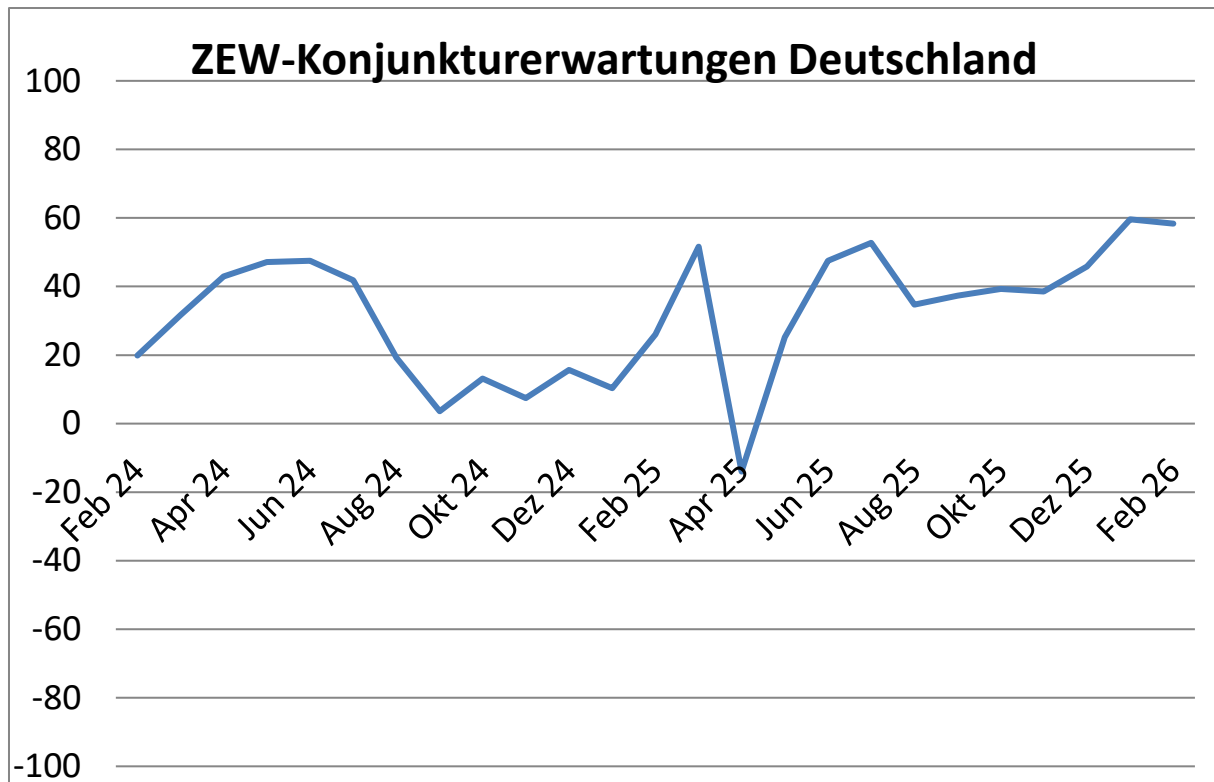
Die anstehenden Reformen der Sozialversicherungssysteme sollten dazu genutzt werden, die Standortattraktivität wesentlich zu steigern“, kommentiert ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, PhD die aktuellen Ergebnisse.

Die exportorientierten Branchen zeigen moderate bis starke Anstiege im Februar. Insbesondere verbessern sich die Aussichten für die Chemie- und Pharmaindustrie (plus 7,5 Punkte), die Stahl- und Metallproduktion (plus 8,6 Punkte) und den Maschinenbau (plus 10,9 Punkte). Dies dürfte die besser als erwartet ausgefallenen Auftragseingänge zum Jahresende 2025 widerspiegeln. Trotz anhaltender Unsicherheit verbessern sich die Aussichten für den privaten Konsum (plus 6,0 Punkte). Negative Entwicklungen verzeichnen die Banken, die Informationstechnologiebranche und die Versicherungsbranche.

Die Erwartungen für die Eurozone zeigen ebenfalls wenig Veränderung und liegen aktuell mit plus 39,4 Punkten um minus 1,4 Punkte unter dem Vormonatswert. Die Bewertung der Lage verbessert sich. Diese liegt mit minus 13,6 Punkten um plus 4,5 Punkte über dem Vormonatswert.

Für Rückfragen zum Inhalt:

Dr. Lora Pavlova, Telefon 0621/1235-145, E-Mail lora.pavlova@zew.de



Quelle: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung

An der Umfrage im Rahmen des ZEW-Finanzmarkttests des ZEW – Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung vom 09. bis 16.02.2026 haben sich 176 Analytistinnen und Analysten sowie institutionelle Anleger/innen beteiligt. Sie wurden nach ihren mittelfristigen Erwartungen bezüglich der Konjunktur- und Kapitalmarktentwicklung befragt. Der Indikator Konjunkturerwartungen gibt die Differenz der positiven und negativen Einschätzungen für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung auf Sicht von sechs Monaten in Deutschland wieder.

ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

Das ZEW in Mannheim forscht im Bereich der angewandten und politikorientierten Wirtschaftswissenschaften und stellt der nationalen und internationalen Forschung bedeutende Datensätze zur Verfügung. Das Institut unterstützt durch fundierte Beratung Politik, Unternehmen und Verwaltung auf nationaler und europäischer Ebene bei der Bewältigung wirtschaftspolitischer Herausforderungen. Zentrale Forschungsfrage des ZEW ist, wie Märkte und Institutionen gestaltet sein müssen, um eine nachhaltige und effiziente wirtschaftliche Entwicklung der wissensbasierten europäischen Volkswirtschaften zu ermöglichen. Durch gezielten Wissenstransfer und Weiterbildung begleitet das ZEW wirtschaftliche Veränderungsprozesse. Das ZEW wurde 1991 gegründet. Es ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Derzeit arbeiten am ZEW rund 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von denen zwei Drittel wissenschaftlich tätig sind.

Forschungsfelder des ZEW

Altersvorsorge und nachhaltige Finanzmärkte; Arbeitsmärkte und Sozialversicherungen; Digitale Ökonomie; Gesundheitsmärkte und Gesundheitspolitik; Innovationsökonomik und Unternehmensdynamik; Marktdesign; Umwelt- und Klimaökonomik; Ungleichheit und Verteilungspolitik; Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft.